

Raetz fordert zu „gepflegtem Ungehorsam“ auf

Delegierte des Städte- und Gemeindebundes NRW machen Rheinbachs Bürgermeister zum Vorsitzenden

Von Gerda Saxler-Schmidt

RHEINBACH. Bürgermeister Stefan Raetz hat seit gestern ein weiteres Amt: Er ist Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Köln im Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen“. Einstimmig wählten ihn die mehr als 200 Delegierten bei ihrer Tagung in der Stadthalle. Sein Stellvertreter wurde Arno Nelles, Bürgermeister von Würselen. Der neue Vorsitzende redete gleich Tacheles: Angesichts der dramatischen Finanzlage der Kommunen sollten „Bund und Land aufhören, den Bürgern immer wieder Dinge zu versprechen, die die Kommunen dann leisten müssen“.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz sei für die Kommunen ein Schuldenbeschleunigungsgesetz, sagte Raetz. Neben den Kosten für Sozialabgaben, Kinderbetreuung, Sicherheit, Schulsanierung und Abwasserbeseitigung nannte er „viel viel Kleinkram, der uns zusätzlich belastet“. Es gelte, „gepflegten Ungehorsam“ zu leisten bei „Stilblüten“ wie der Auswechslung von Halteverbotschildern durch die



Kommunale Vordenker (von links): Arno Nelles, Landrat Frithjof Kühn, Bernd Jürgen Schneider, Stefan Raetz, Regierungspräsident Hans Peter Lindlar.

FOTO: WOLFGANG HENRY

Baubetriebshöfe oder der Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehr mit neuen Uniformen, nur um der Optik willen. „Wann kommt endlich ein Kommunal-Gipfel zur Lösung unserer drängenden Probleme? Wir müssen dazu in Berlin unsere Stimmen erheben.“

In dieselbe Kerbe schlug der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Bernd Jürgen Schneider: Die Ge-

werbesteuer als wichtigste Einnahmequelle sei 2009 um 20 Prozent gesunken. Parallel würden die Kommunen mit Pflichtaufgaben belastet, wie den Eingliederungshilfen für Behinderte, der Unterkunft für Langzeitarbeitslose, der Grundversicherung im Alter und der Pflegehilfe.

„Es kann nicht sein, dass der Bund uns vier zentrale Sicherungsaufgaben aufdrückt und uns

dann im Regen stehen lässt“, so Schneider, und: „Der Bund gaulert den Bürgern vor, mit immer weniger Einnahmen immer mehr Ausgaben finanzieren zu können.“ Er forderte ein Notprogramm zur Sanierung der Kommunalfinanzen und unter anderem einen in der NRW-Verfassung verankerten Anspruch der Kommunen auf finanzielle Mindestausstattung.

Bonner General-Anzeiger 20.07.2010